

Neue POLITIK

Kommentar-u. Informationsbrief gegr. von Wolf Schenke †

Beiträge zur politischen
Neuordnung

*Liebe Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,*

die Rede von Heinz Potthoff auf dem Frei-
deutschen Jugendtag 1913 paßt erstaunlich-
erweise, völlig modern, in unsere heuti-
ge Zeit. (Seite 2 ff.) Sollte nach weiteren hun-
dert Jahren der Text erneut gelesen werden,
wird er dann genau so in die „politische
Landschaft“ passen wie heutzutage? Wird
dann noch von Deutschland gesprochen wer-
den, von einem Deutschland mit Zukunft?
Vielleicht hat sich dann schon längst her-
ausgestellt, daß die dritte Wiederwahl von
Angela Merkel 2013 einer der größten Fehler
das deutschen Wählervolkes 70 Jahre nach
Hitler gewesen sein wird?

Frau Merkel hat auf dem letzten Parteitag
der CDU 98% der Stimmen erhalten.
Honecker und Co. werden sich im Jenseits
die Augen reiben und sich fragen, ob ihnen
die CDU nachträglich Konkurrenz machen
will. Ja, natürlich will sie das. Die gesamte
nationale und die europäische Gesetzgebung
läuft auf eine weitgehende Kontrolle des Bür-
gers hinaus. Die Mehrheit der Bürger, so ha-
be ich den Eindruck, finden die Gängelung
gut - solange für diese Mehrheit „Wohlstand“
garantiert ist.

Mir fiel auf, und das gilt für die Berliner Me-
dien- und Polit-Szene, daß während des Be-
suches des französischen Präsidenten Hollan-
de (22. Januar 2013) eine Kampagne, insbe-
sondere in den Rundfunknachrichten lief, mit
der behauptet wurde, daß es eine Jahrhun-
derte alte Feindschaft zwischen Deutschland
und Frankreich gäbe, und diese nun durch
die Zusammenarbeit von Merkel und Hollan-
de Vergangenheit geworden ist.

Ich kann mich nicht erinnern, gelernt zu ha-
ben, daß es in der politischen Geschichte Eu-
ropas eine dauernd wirksame „Feindschaft“
der Völker gegeben hat. Die Oligarchien hat-
ten manchmal nichts Besseres zu tun gehabt,
als Kriege zu führen, manchmal nur, um an-
geblich Ruhm und Ehre (was auch immer das
ist) zu erlangen. Jeder Krieg war immer ge-
gen die Völker gerichtet. Heute heißen die
Köpfe der Oligarchien Hollande und Mer-
kel und wir, die Völker, erwarten, daß sie sich
verständigen.

Die Zeitschrift *Idee und Bewegung* (von der
ich den Text der Rede von Heinz Potthoff ha-
be) hatte meinen Beitrag *Beschneidungen* aus
der letzten Ausgabe des Kommentar- und In-
formationsbriefes abgedruckt und daraufhin
zwei Leserbriefe von jüdischgläubigen Men-

schen erhalten. Ich war sehr versucht, beide
Leserbriefe in voller Länge abzdrukken, ha-
be aber in letzter Minute dieses Verfahren
abgebrochen. Jeder Leserbrief hätte minde-
stens eine DIN-A4-Seite in Anspruch genom-
men, zum größten Teil Wortgeklingel (meine
Meinung), was der Bedeutung und der Wich-
tigkeit der Diskussion um die Beschneidung
keinesfalls entspricht. Da beide Leserbriefe
in der gewohnten NP-3-Spaltenform bereits
vorliegen, bin ich gerne bereit, Ihnen, den Le-
sern der NP, diese Leserbriefe auf Anforde-
rung und ohne zusätzliche Kosten zuzu-
schicken - wie Sie wollen, per Email oder auch
per traditioneller Post.

Die Bundeskanzlerin Merkel hat im Januar
d.J. die immerwährende Verantwortung der
Deutschen, der Lebenden und der ungebo-
renen Deutschen, für die Verbrechen des NS-
Regimes betont. Ich verwahre mich gegen
diese absurde Schuldzuweisung.

Je länger Frau Merkel Bundeskanzlerin ist,
desto geringer wird ihre Urteilsfähigkeit. Ich
kann mir nicht vorstellen, daß sie das **Berli-
ner Manifest des wahren und religiösen Ju-
dentums** gelesen hat, welches ich auf Seite 5
ff. veröffentlichte.

Es gibt keine Erbschuld, Frau Merkel!! Es gibt
kein jüdische Volk, sondern es gibt eine jü-
dische Religionsgemeinschaft. Es gibt - viel-
leicht - ein israelisches Volk, wenn sich die
israelische Staatenbildung auf palästinensi-
schen Boden konsolidiert. Wie viel Schuld
entsteht durch Landraub, Vertreibung und
Tötung der einheimischen Bevölkerung, den
Palästinensern gegenüber? Das interessiert
mich viel mehr, das ist Gegenwart, das kann
mich ganz schnell selbst betreffen, wenn ich
an die Atombewaffnung dieses Kunststaa-
tes Israel denke! Da hat sich eine Glaubens-
gemeinschaft einen Staat geschaffen - mit Hil-
fe der damaligen Kolonialmacht Großbri-
tannien (Belfour-Deklaration vom 2. No-
vember 1917) - und gegen die einheimische
Bevölkerung in Palästina!

Interessant ist ja, daß das alles begann, als
der Österreicher Adolf Hitler noch in den
Windeln lag, bis er begann „künstzumalen“.
Ich muß mich an dieser Stelle hüten, in den
Ton der „Weltverschwörungstheorien“ zu
fallen. Lassen wir es an dieser Stelle und set-
zen wir uns ein Lesezeichen. Ich selber will
mich nicht drücken.

Die deutsche und die europäische Gegenwart
ist interessant genug. Der beginnende Wahl-
kampf in Deutschland macht es möglich, daß
Stuttgart 21 mit viel „Pech und Schwefel“ wie-

der an die politische Oberfläche kommt. In
der Ausgabe November/Dezember 2010 hat-
te ich einen sehr kritischen Artikel über das
Verkehrsbau-Projekt abgedruckt. Jetzt, am 5.
Februar 2013, wird berichtet, daß das Ver-
kehrsbauvorhaben inzwischen 11 Milliarden
€ kosten soll. Ich schrieb damals: *Bei S21 ga-
llopierten die Kosten allerdings bereits davon, be-
vor der erste Spatenstich getan wurde. Im Dezem-
ber 2009 bezeichnete Bahnchef Grube die damals
aktuellen 4,1 Milliarden Euro noch als absolute
Obergrenze. Das sehen Experten freilich ganz an-
ders - eine Berechnung des Bundesrechnungshofs
geht von 2,4 Milliarden Euro Mehrkosten aus, ein
Gutachten des Umweltbundesamtes nennt sogar
die Horrorsumme von 11 Milliarden Euro. Der
dumme Bürger zahlt die Rechnung schon, schließ-
lich handelt es sich bei S21 nicht um ein betriebs-
wirtschaftlich durchkalkuliertes, sondern um ein
politisches Projekt, wie aus dem Dunstkreis der
Befürworter hinter vorgehaltener Hand argumen-
tiert wird. Die Kosten des Einen sind aber immer
auch die Einnahmen des Anderen. Wer profitiert
eigentlich wirtschaftlich von S21?*

Es gibt eine Regel bei öffentlichen Bauvor-
haben, die mir erst vor ein paar Tagen, ich
weiß nicht, wer das war, wieder bewußt ge-
macht wurde. Alle Kosten dieser Bauvorha-
ben werden bei den Vorlagen in den Parla-
menten bewußt niedrig angegeben, damit
die Zustimmung dazu gesichert ist. Sind die
Bauvorhaben erst einmal im Gange, dann sind
die Parlamente und die Regierungen im Zug-
zwang. Sie können nichts anderes tun, als die
zusätzlichen Mittel immer wieder zu bewil-
ligen, auch selbst dann, wenn inzwischen die
frühere Opposition an der Macht ist. So ist
das Volk immer irgendwie geschädigt.

In der nächsten Ausgabe des Kommentar-
und Informationsbriefes, das verspreche ich,
werde ich mich mit den Berliner Flughafen
beschäftigen.

Ich bin sehr unglücklich, daß der Kommen-
tar- und Informationsbrief NEUE POLITIK -
Ausgabe Januar/Februar - so spät erscheint.
Abgesehen davon, daß ich selber zu viel Ar-
beit hatte, die auch termingebunden erledigt
werden mußte, hatte ich eine innere Schreib-
sperre. Ich werde mir Mühe geben, die näch-
ste Ausgabe zügiger zu verschicken. Ich dan-
ke Ihnen sehr für Ihr Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Kersten
(Dieter Kersten)

Abgeschlossen am 14. Februar 2013

nehmen, sondern auch diese Arbeit gleichmäßig zu machen.

Und der wachsende Verkehr treibt die gleichen Erzeugnisse über immer größere Räume. Wir stehen nicht mehr weit von dem Zustande, daß es für den Verbrauch der großen Masse über das ganze Land hin nur noch wenige „Typen“ gibt.

Dieses Ausscheiden alles Besonderen, Persönlichen aus dem Konsume beschränkt sich nicht auf rein materielle Dinge, sondern erstreckt sich auch auf die geistigen; es ist zugleich verbunden mit einer starken Übermacht der Produzenten, die den Konsum beherrschen. Sie machen die Moden, nach denen die Verbraucher sich richten. Sie bestimmen, was die Millionen essen, wie sie sich kleiden, wie sie wohnen, was sie in der Zeitung lesen, was sie wissen und glauben.

Auch der Staat mit Schulpflicht, Wehrpflicht und manchem anderen trägt zu dieser Uniformierung des ganzen Lebens bei, die es den einzelnen Menschen immer schwerer macht, Eigene zu sein statt Schablonenmenschen!

Die Übermacht der Produktion hat die bedenkliche Folge, daß diese als das Maßgebende angesehen wird. Alle unsere staatliche Wirtschaftspolitik ist Produzentenpolitik – und damit zugleich Rentenpolitik. Das Bedürfnis der Getreideverkäufer und Viehzüchter steht vor dem Interesse der Brot und Fleisch essenden (oder nicht essenden) Millionen. Zugunsten der Zuckererzeuger wurde das Saccharin wie ein gefährliches Gift verboten. Und wenn die Chemie uns heute billiges künstliches Brot brächte, so würde es voraussichtlich mit schwersten Strafen verfolgt werden. Auch unser Urheber- und Patentrecht wird beherrscht vom Interesse derer, die in der Verwertung von neuen Gedanken ihr Geld werben anlegen.

Das geht so weit, daß ohne Rücksicht auf den Bedarf produziert wird. In der gewerblichen Tätigkeit werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Bedarf zu erweitern, neue Bedürfnisse zu wecken, weil deren Befriedigung Gewinn verheißt. Das Mißverhältnis des Produzierens zur kaufkräftigen Nachfrage führt von Zeit zu Zeit Wirtschaftskrisen herbei.

Auf geistigem Gebiete, in Kunst und Wissenschaft merkt man solche Krisen nicht, hier besteht ein ständiges Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Die Hälfte unserer geistigen Produktion ist im Grunde ziemlich wertlos, weil sie kein aufnehmendes Publikum findet. - Als ob der Mensch auf der Welt wäre, um gewisse landwirtschaftliche und gewerbliche Erzeugnisse zu verzehren (und zu bezahlen)! Oder als ob ein großer Gedanke, ein Gedicht, ein Bild an sich Wert besäße. Den wirklichen Wert verleiht ihm doch erst der Mensch, der genießt!

Was uns zur sozialen Kultur fehlt, sind Konsumenten für die Kulturgüter, die in überreichem Maße vorhanden sind und in einer

den geringen Bedarf weit übersteigenden Menge geschaffen werden.

Eine Folge der geschilderten Umstände ist es auch, daß wir mit dem Worte „Arbeit“ fast ausschließlich den Begriff der Erwerbstätigkeit verbinden. Nützliche, wertvolle Arbeit scheint uns nur noch Berufsarbeit zum Geldverdienen. Nur diese Arbeit wird von der amtlichen Statistik gezählt; nur an sie knüpfen sich die Erörterungen.

Beide vergessen, daß ein ungeheurer Teil der menschlichen Arbeit immer noch unentgeltlich, unberuflich, vom Verbraucher selbst im eigenen Hause, geleistet wird. Und doch ist das die schönste und die wertvollste Arbeit. Das muß vor allem zu Ehren der Hausfrauen gesagt werden, deren Tätigkeit von der heutigen Generation nicht genügend gewertet wird. Es ist eine böse Entgleisung unserer Frauenbewegung, daß sie den Kampf für die Menschenrechte der Frau verknüpfte mit einer Verachtung der häuslichen Frauenarbeit; daß sie glaubte, Frauenwert und Frauenkultur zu heben mit dem Hinausdrängen der Frau aus der Hauswirtschaft in das Geldverdienen.

Als ob Tütenkleben und Prozessefführen sozial nützlicher sein könnte als Kinderpflegen! Als ob nicht im Haushalte, in der Regelung des Konsumes, das wichtigste Stück des wirtschaftlichen Kreislaufes läge! Als ob nicht die Heranziehung der künftigen Generation das wichtigste und verantwortlichste Stück Volksarbeit wäre!

Der Himmel bewahre uns vor dem folgen-schweren Mißgriffe, etwa nur den erwerbstätigen Frauen Bürgerrechte zu verleihen. Denn was wir in Staats- und Gesellschaftsleitung brauchen, sind gerade die anderen: die Hausfrauen und die Mütter, die noch nicht verlernt haben, daß der Mensch die Hauptsache ist.

Der Mensch ißt, um zu leben. Aber nicht seine Lebens- und Konsumbedürfnisse sind maßgebend für unsere materielle und ideelle Produktion, sondern die Erwerbsinteressen der Produzenten. Die Produktion wird vom Profit beherrscht, einerlei, mit welchen Kosten er gewonnen wird. Ob Ewigkeitsgedanken oder Schundliteratur, ob Lebensgüter oder Volksgifte, alles gilt uns gleich. Weder Kanonennoch Alkoholfabrikation, weder Opiumimport noch Talmivertrieb noch sonst eine vom Strafgesetzbuche nicht verbotene Erwerbsart vermindert die Achtung vor dem damit verdienten Reichtume.

Wer fragt nach denen, die am Konsum der Güter zugrunde gegangen sind! Und nach denen, die bei der Herstellung zugrunde gehen! Wenn wir von der Rentabilität eines Unternehmens sprechen, meinen wir nur die Zinsen, die das Sachkapital darin bringt; fragen wir nicht nach den Menschen, die darin arbeiten. Und doch sind sie das wichtigste „Kapital“, das der Unternehmer für sich arbeiten läßt, ein Kapital, das ihn nichts kostet, das die Volksgemeinschaft ihm kostenlos zur Verfü-

gung stellt im Arbeitsvertrage, und das er ihm zurückgeben kann, wenn es ihm paßt – wenn er es ausgenutzt hat.

Die Aufzucht unserer fünfundsechzig Millionen Menschen in Deutschland hat vielleicht tausend Milliarden Mark gekostet, das ist dreimal so viel als alle Sachgüter, die man als Volkvermögen zu zählen pflegt. Und diesen ungeheuren Reichtum stellt das Volk den wirtschaftlich Mächtigen zur Ausbeute frei, ohne die nötigen Sicherheitsmaßnahmen dafür, daß er rationell verwendet wird.

Im Gegenteil: da der Unternehmer nur an der gegenwärtigen, nicht an der künftigen Leistungsfähigkeit des jederzeit kündbaren Arbeiters interessiert ist, da die staatliche Sozialpolitik noch in den Anfängen steckt, so wird mit menschlicher Arbeitskraft und Gesundheit ein schrecklicher Raubbau getrieben.

Das ist der schlimmste Fehler unserer Zeit, daß sie tut, als wäre der Mensch ein Ding, das im Überfluß vorhanden und wertlos sei.

Mit Menschenökonomie muß alle Reformarbeit beginnen.

Der Gedanke, daß der Mensch selbst Inhalt und Zweck aller staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung ist; daß es für Staat und Gesellschaft kein höheres Ziel geben kann und geben darf, als recht viele gesunde, leistungsfähige, aber auch arbeitsfrohe, glückliche Menschen zu vereinen: dieser Gedanke muß beherrschend werden. Dann werden wir von den Abwegen, deren einige hier angedeutet sind, auf richtige Bahnen gesunder Entwicklung kommen.

Die jüngste Vergangenheit hat die Vorbedingungen für eine neue, auf breiteste Grundlage gestellte Volkskultur gegeben. Diese soziale Kultur zu schaffen, ist die Aufgabe der nächsten Zukunft und ihrer Jugend. □

Wasser

Die kommende (??) Wasserknappheit macht es möglich

(D.K.) Wasservorkommen, vom Gebirgsbach angefangen bis zum Dorfbrunnen, Grundwasser und abschmelzendes Gletscherwasser, alle diese Süßwasser - „Reserven“, sind von „Investoren“ in das Visier genommen worden. Und wo es Investoren gibt, sind auch „Renditen“ fällig, der der Bürger (Kunde) erwirtschaften muß.

Europäische Behörden in Brüssel bereiten ein Gesetz vor, welches die „Schürfrechte“ für Wasser kapitalisieren wird. Das Gesetz enthält Verbote für „Nicht-Investoren“, also für das einfache Volk, z.B. Quellwasser vor Ort zu nutzen. Quellwasser gibt es sonst nur im Supermarkt zu kaufen, mit hoher Rendite für den „Abfüller“.

Wenn Sie also fröhlich auf Wanderschaft in einem Gebirgswald sind oder einen Spaziergang in einem lauschigen Tal machen, die Sonne brennt heiß, und Sie kommen auf die Idee,

von einer munter sprudelnden Quelle zu trinken oder sich an einem Dorfbrunnen zu erquicken, machen Sie sich in Zukunft strafbar. Ob Sie ertappt werden, wird u.a. von der Zahl der umherfliegenden Drohnen abhängen, die Sie überwachen werden.

Jedes kommunale Wasserwerk muß den Investoren Rendite bringen.

Es ist klar: die Wasser-Schürfrechte werden kapitalisiert. Landwirte, „moderne“ und „nicht moderne“, werden „kalt“ enteignet. Bürger werden gegängelt. Landschafts- und Bodenpflege mit Hilfe von Wasser ist nur noch gegen Gebühren an die „Investoren“ möglich. Die Drohnen und andere Überwachungsmaßnahmen werden von der EU, d.h. vom Steuerzahler bezahlt. Wie viele Mitarbeiter(innen) eine solche europäische Überwachungs-Behörde haben wird? Das steht nicht in den Absichtserklärungen der EU. Sie, die Bürger, wissen aber - die EU fordert von den europäischen Regierungen ein eigenes Steuer-Erhebungsrecht. Wie auch immer, die EU-Diktatur ist politisch gut organisiert und die EU-Völker, insbesondere das Deutsche Volk, sind brav, und werden jede Ausbeutung akzeptieren.

Im Internet gibt es einige kritische und unkritische Seiten zu den „Wasser-Investitionen“. Damit Sie es nicht zu schwer haben, nenne ich eine Adresse: www.trendinvestment.de/Investitionschancen.5.0.html?&no_cache=1

Sehen Sie sich bitte zu dem Thema auch die letzte Monitor-Sendung 2012 im Internet an: www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2012/1213/wasser.php5

Es ist auf keinem Fall so, daß sich die Medien in Deutschland mit dem Thema Wasser nicht befassen. Das sind Sie, die Bürger, die um Ihre Freiheitsrechte kämpfen müssen.

Zu der beschriebenen Nötigung kommt noch folgendes: in Berlin z.B. sind die Preise für Wasser nach einer Teilprivatisierung so stark gestiegen, daß eine höchst richterliche Entscheidung und eine aktive Bürgerschaft eine Rückabwicklung der Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe - mit hohen Kosten - möglich macht.

Inzwischen dementiert der EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier (französischer Bürger) die Zwangsprivatisierung von Wasser. Er behauptet: „Der Richtlinienvorschlag beeinträchtigt in keiner Weise die Autonomie der Gebietskörperschaften bei der Organisation der Wasserversorgung“. Es bleibt dann nur die Frage, weshalb es einen Richtlinienvorschlag aus Brüssel geben muß. Solche Dinge sollten und werden auch im Bedarfsfall von dem Bürger und seinen demokratischen Institutionen vor Ort geklärt. Wir brauchen keine europäischen Institutionen in Europa, die mit viel Aufwand „Richtlinien-Vorschläge“ und Gesetze produzieren, die der Bürger, der Souverän, gar nicht haben will. Die Herrschaft der „Bürokratie Europa“ muß durch uns Bürger „von unten her“ gebrochen werden. □

Mutantenfische

(D.K.) Avaaz ist eine international agierende, US-amerikanische Stiftung, die eine internetbasierte Beteiligungsplattform in 14 Sprachen betreibt. Avaaz sammelt Unterschriften. Avaaz organisiert globale politische Kampagnen, vorwiegend innerhalb der Themenkreise Klimawandel, Menschenrechte und Armut. Die Kampagnen stützen sich auf öffentliche Online-Petitionen, Spenden für Menschen in humanitären Krisen und die Sicherung einer unabhängigen Presse. Während die Organisation in New York beheimatet ist, wird die eigentliche Kampagnenarbeit von Aktivisten aus verschiedenen Ländern geleistet. Avaaz wurde 2007 von Ricken Patel und anderen Aktivisten aus dem Umfeld von linken und religiösen US-amerikanischen Organisationen mit Verbindungen zu den US-Demokraten gegründet.

Diesen kursiven Text habe ich der Wikipedia-Seite Avaaz im Internet entnommen. Ich empfehle einen positiven und dennoch sehr kritischen Umgang mit dieser Organisation. Die Web-Adresse von Avaaz lautet: <http://www.avaaz.org/de/>

Es folgt nun der Text, der mich veranlaßt hat, Avaaz vorzustellen. Als (Teil-)Vegetarier, der von den Fleischsorten nur Fisch isst, bin ich über solche Entwicklungen sehr besorgt. Ich habe diesen Text per Email am 19. Januar 2013 erhalten.

Die USA stehen kurz davor, der Welt zum ersten Mal gentechnisch verändertes Fleisch zu servieren: einen mutierten Lachs, der Wildlachsbestände vernichten und eine Gefahr für die menschliche Gesundheit darstellen könnte, doch wir können den Plan verhindern, bevor der verdächtige Mutantenfisch auf unseren Tellern landet.

Der mutierte Lachs, auch als "Frankenfisch" bekannt, wächst doppelt so schnell wie echter Lachs und selbst Wissenschaftler sind sich über seine langfristigen Gesundheitsfolgen noch im Unklaren. Dennoch soll der Verzehr des Fisches jetzt für unbedenklich erklärt werden, auf der Grundlage von Studien, die von demselben Unternehmen finanziert wurden, das das gentechnisch veränderte Tier erfunden hat! Glücklicherweise sind die USA jedoch gesetzlich dazu verpflichtet, die öffentliche Meinung zu berücksichtigen, bevor eine Entscheidung gefällt wird. Immer mehr Verbraucher, Umweltschützer und Fischer fordern die Regierung jetzt dazu auf, diesen faulen Deal zu verwerfen.

Die Anhörungen finden in diesem Augenblick statt und wir haben eine reelle Chance, mutierte Fische von unserer Speisekarte fern zu halten. Unterzeichnen Sie, um den Mutantenfisch zu stoppen und leiten Sie die Kampagne weiter. Wenn wir eine Million Unterschriften erreicht haben, wird unser Aufruf offiziell zur öffentlichen Anhörung vorgelegt:

Das Unternehmen, das den Mutantenfisch entwickelt hat, hat die DNA des Lachses verändert, um einen Fisch zu kreieren, der das ganze Jahr über rasant wächst. Seine langfristigen Gesundheitsfolgen sind bislang unbekannt und obendrein könnten diese Superlachse ganze Bestände ihrer wilden Artgenossen auslöschen, wenn einige der Tiere, oder deren Eier, in die freie Wildbahn gelangen. Schlimmer noch: Wenn er erst einmal in unseren Supermarktheken liegt, können wir den Mutantenfisch nur schwer von echtem Lachs unterscheiden und ihn somit auch nur schwer vermeiden!

Die Biotech-Industrie hat in Lobbyarbeit im dreistelligen Millionenbereich investiert, damit Regierungen ihre gentechnisch veränderten Anbauprodukte zulassen. Der Mutantenfisch ist der nächste Goldesel der Biotech-Industrie. Er könnte die Wege für andere transgene Fleischsorten ebnen. Doch die US-amerikanische Regierung wird die öffentliche Meinung berücksichtigen, bevor sie ihre endgültige Entscheidung trifft. Wenn wir sie unerwartet mit einem gigantischen, weltweiten Widerstand verblüffen, können wir diesen waghalsigen Deal abwenden.

Der Mutantenfisch könnte in Kürze zugelassen werden. Lassen Sie uns sicherstellen, daß Biotech-Unternehmen nicht bestimmen, was auf unsere Teller gelangt. Helfen Sie uns, eine Million Stimmen zu sammeln, um diesen Fisch zu stoppen:

Avaz-Mitglieder haben sich zusammenschlossen, um die Natur und unser Lebens-

mittelsystem vor gefährlichen Einflüssen zu schützen. Im Jahre 2010 haben eine Million von uns sich gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel in Europa ausgesprochen. Lassen Sie uns noch einmal unsere Kräfte vereinen, um den Mutantenfisch zu stoppen. □

Berliner Manifest des wahren und religiösen Judentums

2012 Neturei Karta International = die Webseite Orthodoxer Juden

"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen." (Art. 26 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland). Deutschland und vor allem die Menschen hier in der deutschen Hauptstadt Berlin müssen von der Tatsache in Kenntnis gesetzt werden, daß die Unterstützung des Zionismus und des Staates, der sich „Israel“ nennt, dem jüdischen Volk und dem Judentum nicht hilft. Im Gegenteil. Diese Art der Unterstützung trägt nur dazu bei, die tragische und offenkundig ausweglose Situation und das damit verbundene nicht enden wollende Blutvergießen im Nahen Osten zu verewigen und Juden überall auf der Welt Gefahren auszusetzen.

Ein wesentlicher Teil ausgeblendeter Geschichte beweist, daß das friedliche und harmonische Zusammenleben von Muslimen und Juden im historischen Palästina, welches durch viele Zeitzeugen belegt ist, erst mit dem Entstehen des Zionismus und anhand provokativer zionistischer Aktionen erheblich verschlechtert wurde.

Wenn man sich die Einschüchterungsversuche, den physischen wie geistig-politischen Terror sowie die Hysterie diverser zionistischer Propagandaagenturen und deren Gefolgschaft nicht nur in Deutschland für einen kurzen Moment weg denkt, wird jede logisch denkende Person zu der Schlußfolgerung gelangen können, daß es nicht die Unterschiede der Religionen sind, die den tiefen Riss zwischen Juden und Muslimen verursacht haben. Die neue, gerade einmal etwas mehr als 100 Jahre alte Ideologie, die politische Bewegung des Zionismus alleine zeichnet dafür verantwortlich. De facto ist es so, daß der Zionismus der ursächliche Grund für die weltweite Zunahme von Antisemitismus darstellt. Den Staat „Israel“ nicht zu unterstützen, ihn zu kritisieren oder abzulehnen, dies alleine macht niemanden zum Antisemiten oder zu einem schlechteren Freund des jüdischen Volkes.

Das jüdische Prinzip des göttlich bestimmten Exils, das nunmehr fast 2000 Jahre anhält, ist für viele sicherlich eine überraschende Neuigkeit, vor allem aber für wohlmeinende Freun-

de des jüdischen Volkes. Doch die für uns bewährten Traditionen und Lehren, wie sie in den heiligen Schriften von unserem Lehrer Moses über die Generationen der Propheten und Gelehrten festgehalten wurden und letztlich auch unser Überleben als Volk der Thora sicherstellten, können nicht über Bord geworfen werden.

Unsere Heilige Thora verbietet es ausdrücklich, einen eigenen Staat wo auch immer auf der Welt während dieser Zeit des Exils zu errichten oder mit Gewalt gegen ein anderes Volk vorzugehen. Vor allem jedoch nicht in Palästina! Die zionistisch-nationalistische Ideologie ist nicht nur eine Leugnung der fundamentalen Lehren der Thora bezüglich unseres Exils sowie der Erlösung der gesamten Menschheit. Nein, diese Ideologie in all ihren Schattierungen drückt auch ein Frontalangriff auf das Judentum als solches aus und gleichgültig wer diese Ideologie und ihren Staat unterstützt oder fördert, macht sich an der Vernichtung der jüdischen Religion und somit des jüdischen Volkes mitschuldig. Ständige Spannungen mit anderen Nationen braucht der Zionismus, um sich rechtfertigen und vor der Welt legitimieren zu können. Zionismus und Antisemitismus sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Die Vorgeschichte, die Errichtung und die auf Nationalismus und Chauvinismus aufgebaute Existenz des zionistischen Staates hat aber auch eine ganze Litanei von Schlechtem für andere nach sich gezogen. Deportationen, ethnische Säuberungen, Landnahme, Ermordungen und Dauerkriegszustand – die Unterjochung des palästinensischen Volkes. Die zionistischen Herrscher über das Heilige Land haben – auch dies muß ebenso erwähnt werden – die wahrhaft jüdisch-orthodoxen Gemeinden in Palästina der Unterdrückung unterworfen und darüber hinaus ist das Leben für Juden nirgendwo auf der Welt gefährlicher als in diesem zionistischen Staat. All dies steht in totalem Gegensatz zu den Lehren und Werten der jüdischen Religion, denn die jüdische Religion ist eine Religion des Friedens und mit der zionistischen Ideologie nicht zu vereinbaren!

Unsere Weisen und Gelehrten, alle orthodox-jüdischen Führer wie auch die Massen des gläubigen Judentums vor und nach den beiden Weltkriegen haben den Zionismus von Anbeginn immer bekämpft. Auch hier in Deutschland, auch hier in Berlin! Große deutsch-jüdische Persönlichkeiten aus dieser Zeit sind mit diesem Kampf verbunden und WIR sind es, die sich in deren geistiger Nachfolge befinden! Der Thora verbundene Juden werden den Zionismus und den Staat, der sich fälschlicherweise „Israel“ nennt, niemals akzeptieren.

Ein Jude, der die Thora verleugnet und – willentlich oder aus Ignoranz – nicht an ihr festhält, hat nicht das Recht im Namen des jüdischen Volkes zu sprechen. Niemand der selbsternannten Sprecher des Zentralrats vertritt

die Interessen des Volkes der Heiligen Schrift oder ist dazu berechtigt sich als sein Repräsentant zu deklarieren, denn er gehört nicht zu diesem Volk! Wir sind eine Nation alleine auf Grundlage der Thora und unserem Glauben an ihre Wahrheit. Es existiert keine jüdische Perspektive, die nicht im allmächtigen Schöpfer – gelobt sei Er – und Seiner Offenbarung begründet liegt.

Als orthodoxe Juden klagen wir mit Beharrlichkeit und innerer Überzeugung die schrecklichen Taten der Zionisten an und wir verurteilen alle in der Vergangenheit begangenen Verbrechen seitens des zionistischen Regimes gegen unsere muslimischen und christlichen Menschenbrüder und -schwestern in Palästina und im Libanon. Wir stehen in der Tradition der Jahrtausende alten Überlieferung jüdischer Werte und Grundsätze, die immer danach strebte mit allen Nationen dieser Welt in Frieden und Harmonie zu leben und ihren bestimmten oder gewählten Autoritäten als loyale Bürger zu dienen. Deshalb beten und hoffen wir, daß die jetzige Bundesregierung dem ständigen Druck und den Forderungen des zionistischen Regimes nach weiterer finanzieller, ökonomischer und vor allem militärischer Unterstützung, der nur zu Lasten des palästinensischen Volkes geht, und gleichwohl die Beziehungen zu vielen Teilen der islamischen Welt empfindlich stört, nicht nachgibt. Die Konsequenzen daraus wären fatal, weil sie nicht nur die verbliebenen Juden in diesen Ländern einer erheblichen Gefahr aussetzen, sondern auch den politischen wie ökonomischen Interessen Deutschlands in keiner Weise gerecht werden würden.

Wirklicher Friede in Nahost wird solange eine Illusion bleiben wie der zionistische Staat existiert. Die einzig reale Alternative aus Sicht der Thora und aus Gründen der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit ist die möglichst friedliche Übergabe der politischen Macht über Gesamt-Palästina an die schon so lang leidende palästinensische Nation. Nur eine Ein-Staaten-Lösung, die das Recht auf freie Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes garantieren kann, wird den Frieden in der Region und auf der Welt auf lange Sicht sicherstellen können. Dazu gehört als unabdingbare Voraussetzung das Recht auf Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat.

Es erfüllt uns mit Schmerz und Trauer, daß die meisten deutschen Politiker im Grunde jede Schandtats dieses Staates unterstützen oder zumindest billigend in Kauf nehmen. Wir verstehen sehr gut, daß dieser Beistand im Grunde eigentlich gut gemeint ist, hat er seine Wurzeln letztlich in der furchtbaren Vergangenheit und der damit einhergehenden Sympathie für das tragische Schicksal des europäischen Judentums. Für diese guten Intentionen sind wir auch dankbar, doch leider sind sie vollkommen fehlgeleitet.

Als Juden UND patriotische Bürger Deutschlands, die sich dem Grundgesetz verpflichtet

fühlen, appellieren wir deshalb mit dem gebotenen Respekt an diese Bundesregierung, sie möge im Interesse des äußeren wie des inneren und nicht zuletzt auch im Sinne des Weltfriedens deutlich Abstand davon nehmen, sich an Sanktions- oder gar militärischen Plänen gegen den Iran oder andere islamische Nationen unter Druck der zionistischen Regierung zu beteiligen. Sofern sie dies dennoch und entgegen unseren wohlmeinenden Rat tun sollte, trägt sie auch die Verantwortung dafür, daß Juden überall auf der Welt weiteren Gefährdungen physischer wie spiritueller Natur ausgesetzt werden könnten, Gott behüte.

Die viel zitierte „historische Verantwortung Deutschlands“ sollte – wie die Väter des Grundgesetzes es ja auch meinten – in erster Linie darin bestehen, daß von Deutschland aus nie wieder Kriege ausgehen und unterstützt werden dürfen. Die jüdischen Opfer des 2. Weltkrieges werden vom zionistischen Staat für seine machtpolitischen und militärstrategischen Optionen mißbraucht. Wenn Deutschland seine „historische Verantwortung“ tatsächlich ernst nehmen will, sollte dieses Land sich nicht an der Unterdrückung eines anderen Volkes, dieses Mal des palästinensischen, direkt oder indirekt beteiligen. Eine wie immer geartete Beteiligung – gar unter Berufung auf die deutsche Geschichte – tilgt nämlich keine Schuld, sondern vermehrt sie nur. Und daran sollte wahrlich niemand interessiert sein – erst recht nicht wir deutsche Juden!

Wir beten, daß wir noch in unseren Tagen den Verdienst erwerben werden, das möglichst friedliche Ende des Zionismus und seines Staates erleben zu dürfen und hoffen auf die Erfüllung der prophetischen Vision Jesajas: „Und Er wird richten zwischen den Völkern, und entscheiden vielen Nationen, und sie werden zerbrechen ihre Schwerter zu Sichel, und ihre Lanzen zu Rebenmessern. Nicht wird erheben Volk gegen Volk das Schwert, und sie lernen nicht mehr den Krieg.“

Soll der lichte Tag bald kommen, an dem die ganze Menschheit dem Allmächtigen in Frieden und Einklang dienen möge. Amen! □

SCHIFF 1931

Wir haben keinen günstigen Wind.
Indem wir die Richtung verlieren,
Wissen wir doch, wo wir sind.
Aber wir frieren.

Und die darüber erhaben sind,
Die sollten nicht allzuviel lachen.
Denn sie werden nicht lachen, wenn sie blind
Eines Morgens erwachen.

Das Schiff, auf dem ich heute bin
Treibt jetzt in die uferlose,
In die offene See. - Fragt ihr: „Wohin?“
Ich bin nur ein Matrose.

Joachim Ringelnatz
Erscheinungsdatum: 1932
Verlag: Ernst Rowohlt Verlag
Erscheinungsort: Berlin

Entnommen einer Email von service@scha-litz.de am 08.09.12

Die Arroganz der Autorität

Ein Regierungsbeamter kam zu einer Ranch in Texas und sprach den alten Rancher an. Er sagte: „Ich muß ihre Ranch nach illegalen Drogen durchsuchen.“ Der Rancher antwortete: „Alles klar, aber gehen Sie bitte nicht in das Feld dort drüben.“ Dabei zeigte er in die Richtung des Feldes. Der Beamte antwortete kalt-schnäuzig: „Mister, ich habe die Autorität der Regierung, ich darf überall hingehen!“

Er griff in seine Brusttasche, holte seinen Ausweis heraus und zeigte ihn den Rancher. „Sehen Sie diesen Ausweis hier? Der sagt mir und Ihnen, daß ich überall hingehen darf - auf jedes Stück Land! Hab ich mich nicht klar genug ausgedrückt? Haben Sie das verstanden?“ Der Rancher nickt höflich, entschuldigt sich und kümmert sich dann weiter um seine Arbeit. Kurze Zeit später hört der Rancher lautes Geschrei und sieht den Beamten rennen - um sein Leben rennen - getrieben vom stärksten Bullen des Ranchers. Mit jedem Meter kommt der Bulle näher an den Beamten heran und es sieht schon fast so aus, daß er den sicheren Hof kaum noch erreichen wird, bis der Bulle ihn erwischt hat. Der Beamte ist total ausser sich. Der Rancher läßt sein Arbeitsgerät fallen, rennt zum Zaun und schreit dem Beamten zu, so laut er nur kann: „Ihren Ausweis - zeigen sie ihm ihren Ausweis!“ □

Buchvorstellung

(D.K.) Der nachfolgende Text (kursiv) stammt aus der Buchvorstellung des Verlages. Es geht um ein Buch von Thilo Sarrazin: *Europa braucht den Euro nicht; Wie uns politisches Wunschenken in die Krise geführt hat Ich bin bisher nicht dazu gekommen, das Buch zu lesen, möchte es Ihnen aber auch nicht vor-enthalten. Es paßt, dem Titel nach, möglicherweise zu unserer Gelddiskussion. Ich fürchte aber, daß das Buch ein Aufguß „oller Kamellen“ ist. Ich schreibe diese Einleitung, weil ich auf keinen Fall mit dem Satz in der Verlagsvorstellung übereinstimme - Thilo Sarrazin ist einer der profiliertesten politischen Köpfe der Republik - es wäre schlimm um die letzten Reste einer politischen Kultur in Deutschland bestellt, müßten wir diesem Satz zustimmen.*

„Wichtige Ämter“, wie es in dem Verlags-text heißt, bedeutet nicht, „Recht“ zu haben bzw. sozial kompetent zu sein. Das Buch biete ich in der beiliegenden Bestellliste an.

Mit der drohenden Staatspleite einzelner Länder hat der Traum von der Europäischen Währungsunion seinen Glanz eingebüßt und seine Risiken offenbart. Angela Merkels Diktum „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ versucht die Währungsfrage in einen größeren Zusammenhang zu stellen.

Das tut auch Thilo Sarrazin in seinem neuen Buch, aber auf andere Weise und mit anderen Ergebnissen. Er zeichnet die verheerenden Resultate politischen Wunschenkens nach und stellt die Debatte vom Kopf auf die Füße.

Thilo Sarrazin ist einer der profiliertesten politischen Köpfe der Republik. Seine fachliche Kompetenz in Finanzfragen, gepaart mit dem Mut, unbequeme Wahrheiten auszusprechen, hat ihn in viele wichtige Ämter gebracht. Als Fachökonom war er Spitzenbeamter und Politiker, er war verantwortlich für Konzeption und Durchführung der deutschen Währungsunion, arbeitete für die Treuhand und saß im Vorstand der Deutschen Bahn Netz AG. Von 2002 bis 2009 war er Finanzsenator in Berlin, anschließend eineinhalb Jahre Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank. □

Kleiner Kulturspiegel

(D.K.) *Madama Butterfly* ist eine Oper von Giacomo Puccini nach der gleichnamigen Tragödie von David Belasco, die wiederum auf der Erzählung von John Luther Long basiert, sowie dem Roman *Madame Chrysanthème* von Pierre Loti. Ich habe diese Oper am 1. Februar 2013 in der DEUTSCHEN OPER (Charlottenburger Oper) in der Bismarckstraße gesehen und gehört.

Es war die 134. Aufführung seit der Premiere dieser Inszenierung am 20. Juni 1987. Zu meiner Freude war es eine nahezu klassische Inszenierung. Das Bühnenbild war schlicht, ohne jeden modernistischen Firlefanz. Es wurde in der Originalsprache Italienisch gesungen. Die Stimmen waren vorzüglich, wie auch die schauspielerische Leistungen.

Die Uraufführung fand am 17. Februar 1904 im Teatro alla Scala in Mailand, die deutsche Erstaufführung 1907 in der Hofoper Berlin, Unter den Linden, statt.

Es geht um eine Liaison zwischen einem us-amerikanischen Marineoffizier und einer Japanerin. Butterfly = Schmetterling nimmt ihre Liebe ernst, Benjamin Franklin Pinkerton, der Amerikaner, sieht diese Liebe als Abenteuer. Er zeugt bei diesem Abenteuer ein Kind. Nach Jahren kehrt er mit seiner us-amerikanischen Frau nach Japan zurück, erfährt von diesem Kind und will den Knaben mit in die Vereinigten Staaten nehmen.

1. Akt, zum Schluß

BUTTERFLY

Ah! Welch ein Himmel voller Sterne!

Wie ich heut' ihn lieben lerne!

Leuchtet! Glitzert! Glüht und funkelt!

Aller Erden Glanz verdunkelt ...

Oh! Die tausend hellen Äuglein!

Allenthalben schau'n sie her

Auf die Lande, übers Meer.

Die tausend hellen Äuglein schau'n herunter ...

O selig holde Nacht!

Sieh, der Himmel lacht,

Und uns're Liebe leb'!

Nachdem Butterfly erfährt, daß ihr Geliebter verheiratet ist und ihr Kind mitnehmen will, nimmt sie sich in einer dramatischen Schlusszene das Leben. Puccini selbst soll von der Geschichte sehr berührt gewesen sein.

Leider war das Charlottenburger Opernhaus nicht ausverkauft. Der Applaus aber war überwältigend. □



Giacomo Puccini

Leserbriefe

Lieber Dieter,
danke für die neue Neue Politik, Ausgabe November/Dezember 2012.

Das Hygiene - Hauptproblem bei den Frühchen ist die Aufbereitung der sogenannten Inkubatoren. Das sind die durchsichtigen Plexiglas (oder vielleicht ein anderer Kunststoff) - Kästen in denen die Frühgeborenen liegen. Diese (auch etwas bösartig Schneewittchensärge genannten) Kästen aus thermolabilem Material, werden in der Regel NUR wisch-desinfiziert, weil sie materialbedingt nicht dampfsterilisierbar sind. Es gibt allerdings auch Niedertemperatur-Sterilisationsverfahren, aber die sind den Krankenhäusern anscheinend zu teuer.

Die zweifellos auch nach der Wischdesinfektion immer noch verkeimten Inkubatoren bedeuten sofort einen Generalangriff auf die noch nicht mit Widerstandskraft gesegneten Frühchen. Da hilft erst mal auch nicht die Verbesserung des Schwesternschlüssels.

Beste Grüsse

Dein Frank

23.11.2012



Wir haben für Sie die inspirierende Lektüre!

... zu bestellen unter: 030-822 52 11